

Niederschrift

der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 03.04.2025

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	19:35 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiter:	Herr Kordon
Schriftführerin:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Dringliche Angelegenheiten	
4.	Genehmigung der Niederschrift	
4.1.	Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sit- zung vom 28.11.2024	0116/25
4.2.	Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sit- zung vom 23.01.2025	0846/25

4.3.	Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung vom 27.02.2025	0847/25
5.	Behandlung von Anfragen	
5.1.	Eingeschränkte Tragfähigkeit Brücken Nordhäuser Straße Fragesteller: Fraktion SPD & PIRATEN, Herr Frenzel BE: Beigeordneter für Bau, Verkehr und Umwelt	0086/25
5.2.	Lärmaktionsplan Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt, Frau Rötsch BE: Beigeordneter für Bau, Verkehr und Umwelt	0176/25
5.3.	Carsharing-Parkplätze Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Frau Wahl BE: Beigeordneter für Bau, Verkehr und Umwelt	0242/25
5.4.	Entwicklung königliche Bahnhallen Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt, Herr Perdelwitz BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Kultur und Welterbe	0339/25
5.5.	Nachpflanzungen in den Ortsteilen BE: Fraktion Mehrwertstadt, Herr Perdelwitz hinzugezogen: Beigeordneter für Bau, Verkehr und Umwelt	0430/25
5.6.	Regelung für Abfallbehälter/Mülltonnen in der Heinrichstraße, Fragesteller: Fraktion CDU, Herr Hose BE: Beigeordneter Bau, Verkehr und Umwelt hinzugezogen: Anwohner	0479/25
6.	Behandlung von Entscheidungsvorlagen	
6.1.	Widmung Parkplatz Marie-Elise-Kayser-Straße und Verbindung zur Auenstraße BE: Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes	2143/24
6.2.	Widmung Gehwegverbindung zwischen Kranichfelder Straße und Scharnhorststraße BE: Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes	2146/24

6.3.	Widmung Lassallestraße BE: Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes	2149/24
6.4.	Berliner Straße FöZ05/GEM10 - Bestätigung Vorentwurf- splanung Freianlagen BE: Leiterin des Garten- und Friedhofamtes	2284/24
6.5.	Widmung Zum Trucktal BE: Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes	0216/25
7.	Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates	
7.1.	Bebauungsplan LIN587 "Am Tonberg" - Billigung des 3. Entwurfs und öffentliche Auslegung BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Kultur und Welterbe	2829/23
7.2.	Bebauungsplan LIN736 „Am Weiherweg“ - 1. Änderung, Aufstellungsbeschluss, Billigung des Entwurfes und öf- fentliche Auslegung BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Kultur und Welterbe	1883/24
7.3.	Bebauungsplan LIN771 „SB Warenhaus Weimarische Straße" - Aufstellungsbeschluss, Billigung des Vorent- wurfs und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Kultur und Welterbe	1885/24
7.4.	Zusatzvereinbarung KAG Erfurter Seen Landschaftspflege BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Kultur und Welterbe	2514/24
7.5.	Verlängerung der Sanierungssatzung BRV468 "Brühl" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Kultur und Welterbe	0319/25
7.6.	Verlängerung der Sanierungssatzung EFM003 "Arche" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Kultur und Welterbe	0422/25

- | | | |
|--------|--|----------------|
| 7.7. | Antrag auf Einführung eines vergünstigten Seniorentickets in Erfurt
BE: Vertreter der Fraktion AfD
hinzugezogen: Beigeordneter für Bau, Verkehr und Umwelt | 0700/25 |
| 7.8. | Keine Zerschneidung der Fußachse in die ICE-City
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Kultur und Welterbe | 0855/25 |
| 7.8.1. | Antrag der Fraktion Die Linke zur Drucksache 0855/25 - Keine Zerschneidung der Fußachse in die ICE-City
BE: Vertreter der Fraktion Die Linke
hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Kultur und Welterbe | 1004/25 |
| 8. | Festlegungen des Ausschusses | |
| 8.1. | Regelmäßige Berichterstattung - Modellvorhaben zur Weiterentwicklung der Städtebauförderung (DS 2645/19)
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Kultur und Welterbe | 0356/20 |
| 8.2. | Festlegung aus der öff. Sitzung SBUKV vom 05.04.2022 - Sachstand Umsetzung Hochwasserschutzkonzept (halbjährliche Berichterstattung)
BE: Beigeordneter für Bau, Verkehr und Umwelt
hinzugezogen: Ortsteilbürgermeister Azmannsdorf; Ortsteilbürgermeisterin Büßleben; Ortsteilbürgermeister Kerspleben; Ortsteilbürgermeister Linderbach; Ortsteilbürgermeister Urbich | 0594/22 |
| 8.3. | Festlegung aus der öff. Sitzung SBUKV 27.02.2025 zum TOP 8.2 - Gutachterliche Stellungnahme zur Ansiedlung großflächiger Lebensmittelmärkte... - DS 2528/24 hier: Realisierung der Ankündigung
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Kultur und Welterbe | 0655/25 |

- 9. Informationen
- 9.1. Information zum Jugendhaus Molsdorf, An der Gerabrücke 4 **0321/25**
BE: Leiter des Amtes für Gebäudemanagement
- 9.2. Information über den Abschluss des Lärmaktionsplanes zur Umsetzung der EU-Umgebungslärmrichtlinie, 4. Stufe **0407/25**
BE: Leiter des Umwelt- und Naturschutzamtes
- 9.3. Mündliche Informationen
- 9.3.1. Hochwasserschutz Rhoda am Haarberg **0904/25**
Fragesteller: Fraktion SPD & PIRATEN, Her Frenzel
hinzugezogen: Beigeordneter für Bau, Verkehr und Umwelt
- 9.4. Sonstige Informationen

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Kordon (Fraktion CDU), eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr, stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßte die Ausschussmitglieder, Pressevertreter und alle Gäste.

Zu Beginn der Sitzung waren 13 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Kordon (Fraktion CDU), informierte wie folgt: Unter dem Tagesordnungspunkt 9.3.1 lag eine mündliche Informationsaufforderung „Hochwasserschutz Rhoda am Haarberg“ (DS 0904/25) von Herrn Frenzel, Fraktion SPD & PIRATEN, vor.

Entsprechend §13 Geschäftsordnung des Erfurter Stadtrates wurde darüber abgestimmt, ob die Fragestellung für den Ausschuss zugelassen wird. Dies wurde mit zwölf Ja-Stimmen einstimmig betätigt.

Durch die Fragestellerin Frau Rötsch, Fraktion Mehrwertstadt wurde die Drucksache 0176/25 „Lärmaktionsplan“ (TOP 5.2) für erledigt erklärt. Eine Behandlung der Drucksache war somit obsolet.

Weiterhin lag ein nicht fristgerecht eingereichter Antrag der Fraktion Die Linke zur Drucksache 0855/25 - Keine Zerschneidung der Fußachse in die ICE-City in Drucksache 1004/25 vor. Die Aufnahme des Antrages in die Tagesordnung wurde mit zwölf Ja-Stimmen einstimmig bestätigt.

Zudem wurde vorgeschlagen, dass aufgrund von anwesenden Gästen die folgenden Tagesordnungspunkte vor dem Tagesordnungspunkt 5.1 in folgender Reihenfolge behandelt werden sollen:

- Tagesordnungspunkt 7.1 – Drucksache 2829/24
Bebauungsplan LIN587 "Am Tonberg" - Billigung des 3. Entwurfs und öffentliche Auslegung
- Tagesordnungspunkt 5.6 – Drucksache 0479/25
Regelung für Abfallbehälter/Mülltonnen in der Heinrichstraße

Herr Perdelwitz (Fraktion Mehrwertstadt) beantragte an dieser Stelle, dass auch der Tagesordnungspunkt 8.2 „Festlegung aus der öff. Sitzung SBUKV vom 05.04.2022 - Sachstand Umsetzung Hochwasserschutzkonzept (halbjährliche Berichterstattung – Drucksache 0594/22)“ vorgezogen werden solle. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Da es keine weiteren Anträge zur Änderung der Tagesordnung gab, ließ Herr Kordon über die so geänderte Tagesordnung, welche mit zwölf Ja-Stimmen einstimmig bestätigt wurde, abstimmen.

3. Dringliche Angelegenheiten

Dringliche Angelegenheiten lagen nicht vor.

4. Genehmigung der Niederschrift

4.1. Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung vom 28.11.2024 0116/25

genehmigt Ja 10 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

4.2. Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung vom 23.01.2025 0846/25

genehmigt Ja 8 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

4.3. Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung vom 27.02.2025 0847/25

genehmigt Ja 9 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

5. Behandlung von Anfragen

- 5.1. **Eingeschränkte Tragfähigkeit Brücken Nordhäuser Straße** 0086/25
Fragesteller: Fraktion SPD & PIRATEN, Herr Frenzel
BE: Beigeordneter für Bau, Verkehr und Umwelt

Der Tagesordnungspunkt 5.1 wurde nach dem Tagesordnungspunkt 5.3 behandelt.

Herr Frenzel (Fraktion SPD) bedankte sich für die Beantwortung. Auf seine weitere Nachfrage antwortete der Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes, dass nach Erarbeitung der Planungsvarianten für den Neubau der Brücken, diese auch entsprechend vorgestellt werden.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

zur Kenntnis genommen

- 5.2. **Lärmaktionsplan** 0176/25
Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt, Frau Röttsch
BE: Beigeordneter für Bau, Verkehr und Umwelt

Siehe Tagesordnungspunkt 2.

zur Kenntnis genommen

- 5.3. **Carsharing-Parkplätze** 0242/25
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Wahl
BE: Beigeordneter für Bau, Verkehr und Umwelt

Der Tagesordnungspunkt 5.3 wurde nach dem Tagesordnungspunkt 9.1 aufgerufen.

Da der Regionalleiter des Carsharinganbieters teilAuto anwesend war, ließ der Ausschussvorsitzende, Herr Kordon (Fraktion CDU), zunächst über das Rederecht, welches einstimmig erteilt wurde, abstimmen.

Frau Wahl (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) führte zu ihrer Anfrage aus.

Der Regionalleiter von teilAuto ergänzte bzw. bestätigte, dass vermehrt massive Beschwerden der teilAuto-Nutzer aufkommen, weil die vorgesehenen Stellplätze von Fahr-

zeugen, welche nicht am Carsharing teilnehmen belegt seien. Aus seiner Sicht läge dies an den für Autofahrer unverständlichen Schildern, viele wüssten nicht, was diese Schilder bedeuten.

Herr Leutloff, sachkundiger Bürger, unterbreitete den Vorschlag ein Zusatzschild anzubringen „Wer hier parkt wird abgeschleppt“.

In der weiteren Diskussion wurde abschließend folgende Festlegung getroffen:

Im Zusammenhang mit der Beantwortung der Frage 3 der Drucksache 0242/25 verwies Frau Wahl (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) auf ein Urteil des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf (AZ 14 K 491/23) und zitierte aus der Urteilsbegründung wie folgt: <i>„Da der Parkplatz nach der Beschilderung lediglich Carsharing-Fahrzeugen vorbehalten ist, wird ein Fahrzeug, das nicht am Carsharing teilnimmt, so angesehen, dass es in einem absoluten Halteverbot stand.“</i> Die Verwaltung wird daher gebeten, dieses Urteil zu prüfen inwieweit diese Entscheidung auch für Erfurt gelten könnte, um Fahrzeuge, welche nicht am Carsharing teilnehmen auf den vorgesehenen Flächen künftig abschleppen zu können.	DS 1021/25
---	-----------------------

zur Kenntnis genommen

- 5.4. Entwicklung königliche Bahnhallen 0339/25**
Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt, Herr Perdelwitz
**BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Kultur und Welt-
erbe**

Der Tagesordnungspunkt wurde nach dem Tagesordnungspunkt 5.1 behandelt.

Herr Perdelwitz (Fraktion Mehrwertstadt) bedankte sich für die Beantwortung und appellierte an die Stadtverwaltung, die Öffentlichkeit frühzeitig zu informieren bzw. zu beteiligen.

zur Kenntnis genommen

- 5.5. **Nachpflanzungen in den Ortsteilen** 0430/25
BE: Fraktion Mehrwertstadt, Herr Perdelwitz
hinzugezogen: Beigeordneter für Bau, Verkehr und Umwelt

Herr Perdelwitz (Fraktion Mehrwertstadt) bedankte sich für die Beantwortung.

zur Kenntnis genommen

- 5.6. **Regelung für Abfallbehälter/Mülltonnen in der Heinrichstraße,** 0479/25
Fragesteller: Fraktion CDU, Herr Hose
BE: Beigeordneter Bau, Verkehr und Umwelt
hinzugezogen: Anwohner

Der Tagesordnungspunkt 5.6 wurde nach dem Tagesordnungspunkt 7.1 aufgerufen.

Es waren Vertreter der Eigentümergemeinschaft der Heinrichstraße anwesend. Daher ließ der Ausschussvorsitzende, Herr Kordon (Fraktion CDU) zunächst über das Rederecht für die Gäste abstimmen. Das Rederecht wurde einstimmig erteilt.

Herr Kordon begrüßte die Gäste. Zwei Vertreterinnen traten nach vorn zum Redepult und schilderten anhand einer Präsentation die Situation vor Ort wie folgt:
Die Einfamilienhäuser in der Heinrichstraße wurden 1909 mit Vorgärten (Länge 5 m) erbaut. Im Zuge der Erweiterung der Heinrichstraße wurden die Eigentümer enteignet und die öffentliche Straße wurde um den Bereich der Vorgärten erweitert. Dadurch ergab sich die Situation, dass Hauseingangstreppe, Kellertreppen etc. direkt an den öffentlichen Bereich angrenzen. Bereits 2014 wurden alle Hauseigentümer aufgefordert, die Abfallbehälter neben die Treppen zu stellen. Im Jahre 2023 wurde man durch die Stadtverwaltung darauf hingewiesen, dass die Mülltonnen nur am Tag der Leerung auf dem öffentlichen Bereich stehen dürfen und ansonsten auf den jeweiligen privaten Grundstücken. Dies hätte jedoch zur Folge, dass die Mülltonnen durch das Haus in den hinteren Bereich der Häuser transportiert werden müssten. In der Satzung über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen in der Landeshauptstadt Erfurt - Abfallwirtschaftssatzung (AbfwS) steht allerdings geschrieben, dass ein Transportgang mindestens einen Meter breit und 2,20 m hoch sein muss. Dies ist hier jedoch nicht gegeben. Weiterhin steht geschrieben, dass es in begründeten Ausnahmefällen (z. B. Unzumutbarkeit) möglich sei, die Mülltonnen auch auf dem öffentlichen Bereich zu platzieren. Nun versuche man schon seit Längerem nachzuweisen, dass der Transportweg für die Anwohner nicht zumutbar ist. Man habe auch versucht eine Immobilienverwaltung zu beauftragen. Leider kam hier eine Absage mit der Begründung, dass es aus arbeitsschutzrechtlichen Gründen nicht erlaubt sei (Mindestbreite Transportweg 1 m, steile Treppen, niedrige Deckenhöhen). Die Mülltonnen würden den öffentlichen Bereich aus ihrer Sicht nicht behindern, belegte sie anhand von entspre-

chenden Fotos. Die erbrachten Nachweise, dass es nicht zumutbar sei, die Mülltonnen auf die privaten Grundstücke zu stellen, wurden von der Stadtverwaltung nicht akzeptiert. Der Antrag auf Rückkauf eines Teilstückes und auch entsprechende Ausnahmegenehmigungen wurden abgelehnt. Sie bat um fallbezogene Einzelentscheidungen.

Die andere Vertreterin ergänzte, dass die baulichen Voraussetzungen einfach nicht gegeben sind. Dennoch werden durch die Stadtverwaltung ständig Bußgelder und Zwangsgelder aufgrund der Verstöße gegen die Ordnung und Verkehrssicherheit, der Gefahr von Vandalismus und brandschutzrechtlichen Belangen verhängt. Umso mehr sei es nicht nachvollziehbar, weshalb in benachbarten Straßen, die Mülltonnen auf der Straße stehen, selbst da, wo es mühelos erscheint, diese auf die Privatgrundstücke zu stellen. Ihre Bitte an die Stadtratsmitglieder war, dass sich diese für eine bürgerfreundliche Lösung stark machen, z. B. durch die Errichtung einer Sammelstelle für die Müllbehälter oder dem Erlassen von Sondergenehmigungen.

Herr Goldstein (Fraktion CDU) bedankte sich zunächst im Namen seines Fraktionskollegen, Herrn Hose, für die Beantwortung der Anfrage, welche allerdings sehr allgemein formuliert wurde. Er hinterfragte daher, inwieweit durch die Stadtverwaltung nach Lösungsmöglichkeiten gesucht wurde, anstatt den Anwohnern/Eigentümern immer wieder horrende Bußgelder aufzubürden.

Der Leiter des Umwelt- und Naturschutzamtes, Herr Lummitsch, antwortete, dass man seit vielen Jahren daran arbeite im gesamten Stadtgebiet eine einheitliche Struktur der Müllentsorgung hinzubekommen und entsprechend den geltenden Regelungen die Mülltonnen auf die privaten Grundstücke zu verlagern. Diese Regelung gelte überall gleich. Im Falle der Heinrichstraße gibt es sechs offene Vorgänge welche entweder bei der Widerspruchsbehörde oder bei Gericht anhängig sind. Aus diesem Grund bat er auch um Verständnis, dass er sich hierzu nicht weiter äußern kann. Seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren stets vor Ort und haben Gespräche geführt um Lösungen herbeizuführen. Nicht jedes Gespräch sei am Ende einvernehmlich gewesen und nicht jeder der Betroffenen sei lösungsbereit gewesen. Weiterhin verwies er auch auf das Thema der Notwendigkeit der Gleichbehandlung aller Erfurter.

Herr Goldstein entgegnete, dass er nicht die genauen Hintergründe zu den offenen Verfahren wissen möchte, jedoch vermisse er in der Antwort der Stadtverwaltung jegliche Information, ob der Ausnahmetatbestand und mögliche Einzelfallregelungen, wie in der Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Erfurt geregelt, geprüft wurden.

Herr Leutloff, sachkundiger Bürger, konnte die Darstellung der Anwohnerinnen und Anwohner durchaus verstehen. Grundsätzlich sollte die Stadtverwaltung immer für die Bürgerinnen und Bürger da sein. Gegenseitig zu klagen, sei für ihn jedoch nicht das richtige Mittel und auch nicht nachvollziehbar.

Frau Wahl (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) hatte durchaus Verständnis für die Anwohnerinnen und Anwohner. Danach richtete sie ihre Kritik an die Fraktion CDU. Zum wiederholten Male werde der Ausschuss mit einer Anfrage der Fraktion CDU beschäftigt, wo schlussendlich klar sei, dass der Stadtrat keine Handhabe habe, da die Zuständigkeit fehlt.

Natürlich wolle man den Bürgerinnen und Bürgern jederzeit helfen. Durch die Fraktion CDU werde der derzeitige Oberbürgermeister gestellt und man solle solche Angelegenheiten doch in Anbetracht der Unzuständigkeit des Ausschusses verwaltungsintern klären. Aufgrund der Wortmeldung von Frau Wahl, wurde durch den Ausschussvorsitzenden angestoßen, dass man sich grundsätzlich verständigen sollte, wie mit Anfragen im Ausschuss umgegangen wird – gerade in Bezug auf die Arbeitsfähigkeit des Ausschusses.

Eine etwas aufgebracht Anwohnerin antwortete, dass man es eigentlich auch als unangemessen betrachtet, mit dieser Thematik vor den Ausschuss treten zu müssen, allerdings zeige doch die momentan ausweglose Situation, dass es notwendig sei. Zwangsvollstreckungen drohen und man könne nicht auf die Entscheidungen der Gerichte warten.

Nach weiteren Wortmeldungen durch Herrn Frenzel (Fraktion SPD & PIRATEN) und Herrn Schubert, sachkundiger Bürger, welcher u. a. auf die Probleme für mobilitätseingeschränkte und sehbeeinträchtigte Mitmenschen an den Abholtagen der Mülltonnen aufmerksam machte, meldete sich der Beigeordnete für Bau, Verkehr und Umwelt, Herr Bärwolff, zu Wort.

Selbstverständlich ist die Stadtverwaltung Erfurt für ihre Bürgerinnen und Bürger da. Er könne alle getätigten Äußerungen verstehen. Er wies jedoch auf die geltende Rechtslage hin. Man müsse deshalb sehr sensibel mit möglichen Einzelfallentscheidungen umgehen. In dieser Angelegenheit werde man, wie auch in anderen Fällen, selbstverständlich nach möglichen Lösungen suchen und man könne gegebenenfalls den Ausschuss zu gegebener Zeit darüber informieren.

Herr Goldstein schlug daraufhin vor, festzulegen, dass die Stadtverwaltung nach geeigneten Gemeinschaftsflächen für die Mülltonnen in unmittelbarer Umgebung suchen soll und dass die Stadtverwaltung eine befristete Duldung erlässt, bis die Gerichtsentscheidungen vorliegen.

Sowohl Herr Bärwolff als auch der Referent des Bereiches Oberbürgermeister wiesen nochmals darauf hin, dass es Zuständigkeiten der Verwaltung und Zuständigkeiten des Ausschusses gibt. In diesem Falle ist eine Zuständigkeit des Ausschusses nicht gegeben, weshalb grundsätzlich keine Berichterstattung oder sonstiges an den Ausschuss erfolgen müsste. Jedoch wie von Herrn Bärwolff bereits geäußert, könne man, sobald es Lösungen und Entscheidungen gäbe, den Ausschuss ggf. selbständig informieren.

Durch einen Mitarbeiter des Umwelt- und Naturschutzamtes, Bereich Abfallwirtschaft wurde daher noch einmal zusammenfassend die Sachlage, vor allem aus juristischer Sicht, erläutert.

Sicherlich wird es auch weiterhin möglich sein, dass sich die Stadtratsmitglieder und die Stadtverwaltung diesbezüglich austauschen, stellte der Ausschussvorsitzende zum Abschluss der Debatte fest.

zur Kenntnis genommen

6. Behandlung von Entscheidungsvorlagen

- 6.1. Widmung Parkplatz Marie-Elise-Kayser-Straße und Verbindung zur Auenstraße 2143/24
BE: Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes

Es gab keine Wortmeldungen. Der Ausschussvorsitzende, Herr Kordon (Fraktion CDU), stellte die Drucksache zur Abstimmung.

beschlossen Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

01

Der Parkplatz an der Marie-Elise-Kayser-Straße und die neue Verbindung zur Auenstraße wird entsprechend Lageplan (Anlage 1¹) gemäß § 6 Thüringer Straßengesetz, dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

02

Die Einstufung (§ 3 ThürStrG) erfolgt entsprechend der Verkehrsbedeutung als Gemeindestraße.

03

Straßenbaulastträger ist die Stadt Erfurt.

- 6.2. Widmung Gehwegverbindung zwischen Kranichfelder Straße und Scharnhorststraße 2146/24
BE: Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes

Herr Schubert, sachkundiger Bürger, berichtete, dass die Fuss e. V. die separaten Gehwegverbindungen sowie die Gehwegbeleuchtung sehr begrüßt. Er regte an, dass diese Gehwegverbindung ggf. auch der Straßennamen-Kommission vorzulegen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Der Ausschussvorsitzende, Herr Kordon (Fraktion CDU), stellte die Drucksache zur Abstimmung.

beschlossen Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

¹ Die Anlage 1 des Beschlusses Nr. 2143/24 ist der Niederschrift beigelegt.

Beschluss

01

Die Gehwegverbindung zwischen Kranichfelder Straße und Scharnhorststraße wird entsprechend beiliegendem Lageplan (Anlage 1²) gemäß § 6 Thüringer Straßengesetz gewidmet.

02

Die Einstufung der Verkehrsanlage erfolgt entsprechend ihrer Bedeutung als sonstige öffentliche Straße und wird auf den Geh- und Radverkehr beschränkt § 3 Abs. 1 ThürStrG.

03

Straßenbaulastträger ist die Stadt Erfurt.

6.3. Widmung Lassallestraße
BE: Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes

2149/24

Es gab keine Wortmeldungen. Der Ausschussvorsitzende, Herr Kordon (Fraktion CDU) stellte die Drucksache zur Abstimmung.

beschlossen Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

01

Die Straße Lassallestraße wird entsprechend beigefügten Lageplan (Anlage 1³) gemäß § 6 Thüringer Straßengesetz dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

02

Die Einstufung § 3 ThürStrG erfolgt entsprechend der Verkehrsbedeutung als Gemeindestraße.

03

Straßenbaulastträger ist die Stadt Erfurt.

² Die Anlage 1 des Beschlusses Nr. 2146/24 ist der Niederschrift beigefügt.

³ Die Anlage 1 des Beschlusses Nr. 2149/24 ist der Niederschrift beigefügt.

**6.4. Berliner Straße FöZ05/GEM10 - Bestätigung Vorentwurfs- 2284/24
planung Freianlagen
BE: Leiterin des Garten- und Friedhofamtes**

Da die fachliche Begründung in der vorliegenden Drucksache zu der Kostenerhöhung seiner Meinung nach nicht viel aussagt, hinterfragte Herr Leutloff, sachkundiger Bürger, wie diese immense Kostenerhöhung zustande kam. Dies sollte zumindest offengelegt werden, bevor man die Drucksache beschließt.

Der Beigeordnete für Bau, Verkehr und Umwelt, Herr Bärwolff, antwortete, dass man zu Beginn der Planungen die Kosten zu niedrig eingeschätzt habe. Im Laufe der Planungen wurde dann beispielsweise festgestellt, dass die Leitungen in keinem guten Zustand seien und erhebliche bauliche Maßnahmen im unterirdischen Bauraum vorzunehmen sind.

Herr Leutloff widersprach dieser Aussage. Der Zustand der Leitungen war bekannt – es wurde eine Kanalbefahrung durchgeführt.

Frau Wahl (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) teilte mit, dass die Schule mit der Bitte an ihre Fraktion herangetreten war, die Drucksache heute zu vertagen. Es wären keine Abstimmungen mit der Schule erfolgt. Dies bestätigte auch Herr Herb, sachkundiger Bürger. Laut der Schulleitung gab es zwar Absprachen, jedoch wurden diese nicht in die Planungen übernommen.

Dem widersprach Herr Bärwolff. Die Abstimmungen gemeinsam mit dem damaligen Schulleiter erfolgten im vergangenen Jahr. Herr Bärwolff riet davon ab, die Drucksache zu vertagen, da dies zur Folge hätte, dass Gelder nicht fristgemäß freigegeben werden können. Ohne Beschluss, könne man nicht mit der Leistungsphase 3 beginnen.

Er kritisierte an dieser Stelle, dass an keinen Mitarbeiter im Dezernat für Bau, Verkehr und Umwelt bzw. im Garten- und Friedhofsamt durch die Schule der Wunsch einer Vertagung herangetragen wurde und erst heute kurz vor der Sitzung, dieser Antrag durch die Fraktion CDU aufkam.

Herr Herb schlug vor, die Drucksache heute zu beschließen, mit der Auflage, dass die Planungen vorher mit der Schule abzustimmen sind.

In der weiteren Diskussion, an der sich der Ausschussvorsitzende, Herr Kordon (Fraktion CDU), Herr Dr. Warweg und Herr Ilsemann (sachkundige Bürger), Frau Wahl sowie Herr Bärwolff beteiligten, wurde die folgende Festlegung getroffen:

In der Diskussion zur Drucksache 2284/24 „Berliner Straße FöZ05/GEM10 - Bestätigung Vorentwurfsplanung Freianlagen“ wurde mitgeteilt, dass es laut Aussage der Schulleitung zwar Absprachen bezüglich der Freiflächenplanung gegeben habe, jedoch diese nicht in den Planungen berücksichtigt wurden. Daher wurde festgelegt, dass weitere Gespräche vor dem Start zur Entwurfsplanung mit der Schule geführt werden und der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Um-	DS 1023/25
---	-----------------------

welt, Klimaschutz und Verkehr über die Ergebnisse dieser Gespräche informiert wird.

Des Weiteren wird um Stellungnahme zu folgenden Fragen gebeten:

1. Warum werden im Bereich des Schulgartengeländes so viele Bäume gefällt, bzw. wären diese Bäume in den Schulgarten integrierbar?
2. In der Variante 3 würden zwei erhaltungswürdige Bäume im Bereich der Laufbahn bzw. im Bereich des Verkehrsgartens bestehen bleiben. Weshalb wurde sich nicht für diese Variante entschieden?
3. In der Planung ist für die Fahrradabstellflächen nicht überall eine Überdachung vorgesehen. Es wird um Prüfung gebeten, ob die Überdachung für die kompletten Fahrradabstellflächen geplant werden kann.

Danach stellte der Ausschussvorsitzende die Drucksache zur Abstimmung.

beschlossen Ja 10 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

Beschluss

Die Vorzugsvariante der Vorentwurfsplanung (Anlage 5⁴) der Freianlagen für das Bauvorhaben des Doppelstandortes Förderzentrum 5 / Gemeinschaftsschule 10 wird im Sinne des §10 Abs.2 ThürGemHV beschlossen und bildet die Grundlage für die weiteren Planungen.

6.5. Widmung Zum Trucktal BE: Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes

0216/25

Aufgrund der Nachfrage von Herrn Leutloff, sachkundiger Bürger, wurde folgende Festlegung getroffen:

In der Straße Zum Trucktal befinden sich drei Stichstraßen, diese wurden jedoch nicht in der öffentlichen Widmung berücksichtigt. Es wird um Stellungnahme bezüglich der Hintergründe gebeten.

**DS
1025/25**

Außerdem wurde durch Frau Fischer (Fraktion CDU) die Vertagung der Drucksache auf die nächste Sitzung beantragt.

⁴ Die Anlage 5 des Beschlusses Nr. 2284/24 ist der Niederschrift beigelegt.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, stellte der Ausschussvorsitzende, Herr Kordon (Fraktion CDU) den Antrag auf Vertagung zur Abstimmung. Dieser wurde mit neun Ja-Stimmen und drei Enthaltungen bestätigt.

vertagt Ja 9 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

7. Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates

7.1. Bebauungsplan LIN587 "Am Tonberg" - Billigung des 3. Entwurfs und öffentliche Auslegung BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Kultur und Welt- erbe 2829/23

Nach dem Tagesordnungspunkt 4 wurde der Tagesordnungspunkt 7.1 aufgerufen. Es waren Vertreter des Vorhabenträgers anwesend. Der Ausschussvorsitzende, Herr Kordon (Fraktion CDU), ließ daher über das Rederecht, welches einstimmig erteilt wurde, abstimmen.

Einer der Vertreter des Vorhabenträgers berichtete über den derzeitigen Sachstand und warb um Zustimmung. Das Projekt wurde schon mehrfach angeschoben. Einer der wesentlichen Schwerpunkte dabei war immer der Hochwasserschutz. Es wurden nun alle notwendigen Abstimmungen, u. a. zur Entwässerung und Einleitmenge und zum Regenrückhaltebecken, mit einem deutlich größeren Volumen als bei der ersten Planung, getroffen. All diese Maßnahmen sollen die kritische Situation unten am Linderbach entspannen. Weiterhin wurden die Ausgleichsmaßnahmen, hauptsächlich mit Obstwiesen und Strauchpflanzungen, geplant. Für den Baumarkt wurden bereits in der Planung sämtliche Dachflächen mit Dachbegrünung und die Stellplätze mit Versickerungsmulden vorgesehen. Für alle weiteren möglichen Gewerbetreibenden gibt es ebenfalls die Auflage der Dachbegrünung. All diese Planungen, sollen die Gefahr eines Hochwassers reduzieren. Auf die Frage von Herrn Henkel, sachkundiger Bürger, antwortete der Vertreter des Landschaftsarchitekturbüros, dass die Größe des Regenrückhaltebeckens mit der Oberen Wasserbehörde abgestimmt wurde. Weiterhin wies er darauf hin, dass mit dem Bau des BAUHAUS-Baumarktes und den begleitenden regenrückhaltenden Baumaßnahmen sich die Situation bei einem möglichen Starkregenereignis zusätzlich entspannt (weniger Wasser).

Weitere Nachfragen gab es zu folgenden Themen:

- geplante Elektroladesäulen und Zugänglichkeit nach den Öffnungszeiten (Herr Leutloff, sachkundiger Bürger)
- mögliche Einzäunung der nördlich gelegenen Grünfläche zum Schutz für Pflanzen und Tiere (Herr Leutloff, sachkundiger Bürger)
- Interessenten der weiteren Gewerbeflächen (Herr Kordon, Fraktion CDU)

Die Nachfragen wurden durch einen Vertreter des Vorhabenträgers und den Leiter des Umwelt- und Naturschutzamtes wie folgt beantwortet.

Es sind Ladesäulen geplant, diese sind im Rahmen der Öffnungszeiten auch jederzeit zugänglich. Ob die Ladesäulen, beim geplanten Baumarkt auch jederzeit zugänglich sein werden, konnte noch nicht beantwortet werden. Für die weiteren Gewerbeflächen sind u. a. eine Tankstelle, eine Waschstraße und Lagerboxen geplant. Zwei Grundstücke sind noch nicht näher definiert. Die Grünflächen einzuzäunen sei keine grundsätzliche Zielstellung der Stadt.

Frau Wahl (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) hinterfragte, ob alternative Standorte geprüft wurden. Herr Gruber (Fraktion Die Linke) stellte grundsätzlich in Frage, ob in Erfurt ein weiterer Baumarkt, Tankstelle und Waschstraße notwendig seien.

Der Abteilungsleiter für Stadtplanung antwortete, dass ein Markt in dieser Größenordnung nur auf dieser Fläche in Erfurt realisierbar sei und erläuterte die Beschlusslage und die Planungshistorie.

Nach weiteren Wortmeldungen, u. a. von Herrn Ilsemann, sachkundiger Bürger, stellte der Ausschussvorsitzende die Drucksache abschließend zur Abstimmung.

bestätigt Ja 8 Nein 4 Enthaltung 2 Befangen 0

**7.2. Bebauungsplan LIN736 „Am Weiherweg“ - 1. Änderung, 1883/24
Aufstellungsbeschluss, Billigung des Entwurfes und öf-
fentliche Auslegung
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Kultur und Welt-
erbe**

Die Nachfragen von Frau Stange (Fraktion Die Linke) und Herrn Dr. Warweg, sachkundiger Bürger, beantwortete der Abteilungsleiter für Stadtplanung und ging hierbei unter anderem auf die Rechtsgrundlagen bei einer Bestandsnutzung ein.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Der Ausschussvorsitzende, Herr Kordon (Fraktion CDU) stellte die Drucksache zur Abstimmung.

bestätigt Ja 8 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0

- 7.3. **Bebauungsplan LIN771 „SB Warenhaus Weimarische Straße“ - Aufstellungsbeschluss, Billigung des Vorentwurfs und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit** 1885/24
**BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Kultur und Welt-
erbe**

Da in der Begründung auf eine Rechtssprechung verwiesen wird, welche die Änderung notwendig macht, hinterfragte Frau Wahl (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) das Aktenzeichen sowie das Datum dieser Rechtssprechung. Der Abteilungsleiter für Stadtplanung sicherte ihr eine Nachreichung zu.

Frau Stange (Fraktion Die Linke) wollte wissen, weshalb kein vorhabenbezogener Bebauungsplan gemacht wird. Es ist kein Vorhabenträger vorhanden, antwortete der Abteilungsleiter für Stadtplanung.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Der Ausschussvorsitzende, Herr Kordon (Fraktion CDU) stellte die Drucksache zur Abstimmung.

bestätigt Ja 10 Nein 1 Enthaltung 1 Befangen 0

- 7.4. **Zusatzvereinbarung KAG Erfurter Seen Landschaftspflege** 2514/24
**BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Kultur und Welt-
erbe**

Herr Kanngießer, sachkundiger Bürger, fragte, was sich hinter der Bezeichnung Maßnahmen zur Erhaltung und Pflege der Landschaft verbirgt.

Der Projektleiter der KAG Erfurter Seen im Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung antwortete, dass es sich hierbei um gezielte Landschaftspflegepunkte handelt, wo durch fünf ABM-Kräfte im Herbst Laubarbeiten, Mäharbeiten auf Rasenflächen, Rückschnitte, Müllbeseitigungen durchgeführt sowie durch Vandalismus entstandene Schäden beseitigt werden.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Der Ausschussvorsitzende, Herr Kordon (Fraktion CDU), stellte die Drucksache zur Abstimmung.

bestätigt Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

- 7.5. **Verlängerung der Sanierungssatzung BRV468 "Brühl"** 0319/25
 **BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Kultur und Welt-
 erbe**

Da es keine Wortmeldungen gab, stellte der Ausschussvorsitzende, Herr Kordon (Fraktion CDU), die Drucksache zur Abstimmung.

bestätigt Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

- 7.6. **Verlängerung der Sanierungssatzung EFM003 "Arche"** 0422/25
 **BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Kultur und Welt-
 erbe**

Herr Schubert, sachkundiger Bürger, erkundigte sich nach der konkreten Abgrenzung des Sanierungsgebietes und, ob hier auch die öffentlichen Straßenräume (öffentliche Straßenräume gesamtes Quartier – Kettenstraße, Paulstraße integriert sind und ob sich um dieses Sanierungsgebiet ringsum, weitere Sanierungsgebiete befinden, die irgendwann einer Verlängerung bedürfen.

Eine Mitarbeiterin des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung antwortete, dass es mit dieser Drucksache hauptsächlich um den Raum innerhalb des Sanierungsgebietes „Arche“ ginge. Das umliegende Sanierungsgebiet heißt Sanierungsgebiet Altstadt.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Der Ausschussvorsitzende, Herr Kordon (Fraktion CDU) stellte die Drucksache zur Abstimmung.

bestätigt Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

- 7.7. **Antrag auf Einführung eines vergünstigten Seniorenti- 0700/25**
 ckets in Erfurt
 BE: Vertreter der Fraktion AfD
 **hinzugezogen: Beigeordneter für Bau, Verkehr und Um-
 welt**

Es gab keine Wortmeldungen. Der Ausschussvorsitzende, Herr Kordon (Fraktion CDU), stellte die Drucksache zur Abstimmung.

abgelehnt Ja 2 Nein 10 Enthaltung 0 Befangen 0

7.8. Keine Zerschneidung der Fußachse in die ICE-City
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Kul-
tur und Welterbe

0855/25

Frau Wahl (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) warb um Zustimmung des Antrages ihrer Fraktion, dass man im neuen Entwurf für den Bebauungsplan ICE-City das Parkhaus an der Stelle des bisherigen Entwurfs (Bebauungsplan KRV706 ICE-City Ost) oder an einer geeigneten anderen Stelle einordnet, um das Zerschneiden der wichtigen Fußverkehrsachse vom Promenadendeck in die ICE-City zu verhindern. Gleichzeitig befürwortete sie auch den Antrag der Fraktion Die Linke, welcher vorschlägt, das Parkhaus auch teilweise als Quartiersgarage für das Anwohnerparken zu nutzen.

Herr Frenzel (Fraktion SPD & PIRATEN) konnte die Anträge nicht nachvollziehen. Insbesondere ging er auf den Antrag der Fraktion Die Linke (Drucksache 1004/25) ein. In der Präsentation zur ICE-City-Ost am 27.02.2025 wurde die die Quartiersgarage bereits erwähnt, und die Lage nah an den Hauptverkehrsachsen begründet weshalb der Antrag für ihn obsolet erschien.

Herr Gruber (Fraktion Die Linke) antwortete, dass der öffentliche Raum der Krämpfervorstadt bereits jetzt voll mit Autos ist. Die vorgesehene Stelle für die Quartiersgarage mache keinen Sinn. Da man sich in einer frühzeitigen Phase der Planungen befindet, sollte man jetzt schon den Standort festlegen, auch wenn es nur wenige Meter Unterschied betreffen würde, welcher auch den umliegenden Anwohner zu Gute kommen würde. Außerdem sollte festgelegt werden, dass die Stadt eine Quartiersgarage plant und nicht nur ein Parkhaus für Gäste.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Kordon (Fraktion CDU), konnte die Intention des Antrages grundsätzlich nachvollziehen, jedoch sei dieser recht unverständlich und es ginge nicht hervor, was die Stadt konkret machen soll.

Der Abteilungsleiter für Stadtplanung antwortete, auf die Frage von Frau Fischer (Fraktion CDU), dass die Quartiersgarage der ICE-City diene und hauptsächlich den Stellplatzbedarf für Mitarbeiter und Besucher der ICE-City aufnehmen würde und somit fragliche wäre, diese im Ostbereich anzuordnen.

Weitere Wortmeldungen gab es von Frau Wahl, Herrn Städter (Fraktion SPD & PIRATEN) sowie Herrn Schubert, sachkundiger Bürger.

Herr Schubert kritisierte die Stellungnahme der Verwaltung bezüglich der Querung durch die Fußgänger. In der Stellungnahme wird es quasi so hingestellt, dass eine Querung über vier Fahrspuren gar nicht „so schlimm“ für die Fußgänger wäre. Hier entgegnete er, dass aus Fußgängersicht Einfahrten von Parkhäusern immer schwierig angesehen werden.

Durch Herrn Gruber wurde an dieser Stelle vorgeschlagen, die Thematik zu vertagen und stellte dementsprechend einen Antrag.

In der weiteren Diskussion, an der sich u. a. Herr Bohm, Leiter des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung, Herr Bärwolff, Beigeordneter für Bau, Verkehr und Umwelt, Herr Perdelwitz (Fraktion Mehrwertstadt) sowie die sachkundigen Bürger Frau Hinze, Herr Ilse-
mann, Herr Leutloff und Herr Dr. Warweg beteiligten, entstand die folgende Festlegung:

Es wird um eine Beurteilung aller verkehrlichen Aspekte der vorliegenden Drucksachen unter Einbindung/Stellungnahme des Dezernates für Bau, Verkehr und Umwelt für die Entwicklung des ICE-City-Ost, DB Campus sowie der umliegenden Oststadt gebeten.	DS 1026/25
--	-----------------------------

Da es keine weiteren Wortbeiträge gab, stellte der Ausschussvorsitzende den Antrag auf Vertagung zur Abstimmung.

vertagt Ja 8 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

- 7.8.1. **Antrag der Fraktion Die Linke zur Drucksache 0855/25 - 1004/25**
 Keine Zerschneidung der Fußachse in die ICE-City
 BE: Vertreter der Fraktion Die Linke
 hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Kul-
 tur und Welterbe

vertagt

8. Festlegungen des Ausschusses

- 8.1. **Regelmäßige Berichterstattung - Modellvorhaben zur Wei- 0356/20**
 terentwicklung der Städtebauförderung (DS 2645/19)
 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Kultur und Welt-
 erbe

Da aufgrund eines Systemfehlers die aktuelle Stellungnahme zur Drucksache 0356/20 nicht einsehbar war, wurde vereinbart, dass die Festlegung in der Sitzung am 05.06.2025 erneut aufgerufen wird.

vertagt

- 8.2. Festlegung aus der öff. Sitzung SBUKV vom 05.04.2022 - 0594/22
Sachstand Umsetzung Hochwasserschutzkonzept (halbjährliche Berichterstattung)
BE: Beigeordneter für Bau, Verkehr und Umwelt
hinzugezogen: Ortsteilbürgermeister Azmannsdorf; Ortsteilbürgermeisterin Büßleben; Ortsteilbürgermeister Kerspleben; Ortsteilbürgermeister Linderbach; Ortsteilbürgermeister Urbich

Der Tagesordnungspunkt 8.2 wurde nach dem Tagesordnungspunkt 5.6 behandelt.

Herr Fitzenreiter, Ortsteilbürgermeister von Urbich, bedankte sich bei der Stadtverwaltung, insbesondere beim Beigeordneten für Bau, Verkehr und Umwelt, Herr Bärwolff, und dem Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes, Herrn Reintjes. Er informierte, dass der Bau eines Durchlasses in Urbich in 2025 umgesetzt werden soll und der geplante Brückenneubau Urbich in Zukunft hoffentlich von Hochwassern verschonen wird. Er erkundigte sich, ob alle Maßnahmen planmäßig erfolgen werden.

Der Leiter des Umwelt- und Naturschutzamtes, Herr Lummitsch, wies wiederholt auf die personelle Situation hin, weshalb viele Maßnahmen nicht rechtzeitig umgesetzt werden können. Demnächst werde es im Bereich Hochwasserschutz personelle Unterstützung geben. Auch im Entwässerungsbetrieb wird es personellen Zuwachs geben.

Der Ortsteilbürgermeister von Kerspleben, Herr Henkel, wies wiederholt auf die Dringlichkeit der Umsetzung hin und fragte erneut, wann endlich begonnen wird. Es sei nicht mehr verständlich für die Bürgerinnen und Bürger, weshalb es nicht voranginge.

Frau Stange (Fraktion Die Linke) ging auf die ständige Aussage „wir haben kein Personal“ ein. Müsste man eventuell die Stellenausschreibungen anders formulieren bzw. andere Qualifikationen abfordern?

Zunächst wies der Beigeordnete für Bau, Verkehr und Umwelt darauf hin, dass diese Thematik im Hauptausschuss angesiedelt ist, da es sich bei Personalangelegenheiten grundsätzlich um eine Verantwortlichkeit des Oberbürgermeisters handelt. Er führte weiter aus, dass es unproblematisch sei, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für einfache Verwaltungstätigkeiten mit Entgeltgruppen 7-9a zu finden. Allerdings sei es unglaublich schwierig geeignetes ingenieurtechnisches Personal zu finden, weil es hier insgesamt weniger Personal auf dem Markt gibt. Er versicherte, dass die Personalproblematik in allen Dezernaten regelmäßig auf der Tagesordnung steht.

Herr Lummitsch fügte hinzu, dass man zudem im Wettbewerb steht. Viele Bewerber verhandeln mit dem alten Arbeitgeber, nachdem sie von der Stadtverwaltung den Zuschlag erhalten haben und fordern dann Gehaltserhöhungen etc. und bleiben dann beim alten Arbeitgeber. Man hatte viele gute Bewerber, die man leider im Wettbewerb auf dem Markt verloren habe.

Weiter Wortmeldungen gab es nicht.

zur Kenntnis genommen

Da der Ortsteilbürgermeister von Molsdorf, Herr Schönau, ebenfalls anwesend war wurde durch den Ausschussvorsitzenden vorgeschlagen, nun den Tagesordnungspunkt 9.1 aufzurufen, um auch Herrn Schönau weitere Wartezeit zu ersparen.

Durch Frau Wahl (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) wurde zusätzlich darum gebeten, dass auch der Tagesordnungspunkt 5.3 vorgezogen wird, da ein Vertreter von teilAuto anwesend war.

Gegen die Vorziehung dieser beiden Tagesordnungspunkte erhob sich seitens der Ausschussmitglieder kein Widerspruch. Herr Kordon rief sodann den Tagesordnungspunkt 9.1 auf.

- 8.3. Festlegung aus der öff. Sitzung SBUKV 27.02.2025 zum TOP 8.2 - Gutachterliche Stellungnahme zur Ansiedlung großflächiger Lebensmittelmärkte... - DS 2528/24 hier: Realisierung der Ankündigung
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Kultur und Welt-erbe 0655/25**

Der Tagesordnungspunkt 8.3 wurde nach dem Tagesordnungspunkt 8.1 aufgerufen. Es gab keine Wortmeldungen.

zur Kenntnis genommen

9. Informationen

- 9.1. Information zum Jugendhaus Molsdorf, An der Gerabrücke 4 0321/25
BE: Leiter des Amtes für Gebäudemanagement**

Wie zuvor unter dem Tagesordnungspunkt 8.2 besprochen, erfolgte nun die Behandlung des Tagesordnungspunktes 9.1.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Kordon (Fraktion CDU), erteilte dem Ortsteilbürgermeister von Molsdorf, Herrn Schönau, das Wort.

Herr Schönau äußerte sich wie folgt zu den Informationen aus der Verwaltung bezüglich des Jugendhauses Molsdorf:

Das Grundanliegen war eigentlich, dass das Gebäude nicht allein für Jugendliche bestimmt sein soll. Vielmehr soll es eine Art Freizeiteinrichtung für jedermann sein, weshalb die Bezeichnung „Jugendhaus“ nicht optimal sei. Weiterhin wollte man nur, dass der ursprüngliche Hauseingang wieder geöffnet werde und keine Umverlegung des Hauseinganges. Eine Fußbodenheizung wurde nie gefordert. Die mögliche Erneuerung der Geschossdecke entstand im Rahmen eines Projektes mit Studenten – war jedoch ebenfalls nie eine Forderung. Weitere Schwerpunkte waren die provisorische Toilette, der Gemeinschaftsraum und die Fenstersituation. Herr Schönau hatte den Eindruck, dass der Mitarbeiter oder die Mitarbeiterin, welche die Informationen zum Jugendhaus Molsdorf erstellt habe, die Örtlichkeiten überhaupt kenne. Daher bat er um weitere Gespräche mit der Stadtverwaltung, um gemeinsam Lösungen zu finden.

Herr Herb, sachkundiger Bürger, wies darauf hin, dass der Grundriss und der Lageplan in der Drucksache nicht übereinstimmen würden. Dies bestätigte auch Herr Schönau und verwies in diesem Zusammenhang auf den Internetauftritt von Molsdorf (www.molsdorf.de). Dort könne man das aktualisierte Konzept einsehen.

Durch den sachkundigen Bürger, Herrn Leutloff, wurde angeregt, eher über eine Sanierung nachzudenken als über einen Neubau, auch aus ökologischer Sicht. Vielleicht wären ja auch die Einwohnerinnen und Einwohner von Molsdorf bereit, gewisse Arbeiten selbst zu übernehmen, sozusagen als private Investition.

Abschließend griff Herr Kordon den Wunsch des Ortsteilbürgermeisters, nach weiteren Gesprächen nochmals auf. Der Beigeordnete für Bau, Verkehr und Umwelt, Herr Bärwolff, sicherte daraufhin einen Vor-Ort-Termin sowie weitere Gespräche zu.

zur Kenntnis genommen

**9.2. Information über den Abschluss des Lärmaktionsplanes 0407/25
zur Umsetzung der EU-Umgebungslärmrichtlinie, 4. Stufe
BE: Leiter des Umwelt- und Naturschutzamtes**

Der Tagesordnungspunkt 9.2 wurde nach dem Tagesordnungspunkt 8.3 aufgerufen. Es gab keine Wortmeldungen.

zur Kenntnis genommen

9.3. Mündliche Informationen

- 9.3.1. Hochwasserschutz Rhoda am Haarberg 0904/25
Fragesteller: Fraktion SPD & PIRATEN, Her Frenzel
hinzugezogen: Beigeordneter für Bau, Verkehr und Umwelt

Der Leiter des Umwelt- und Naturschutzamtes, Herr Lummitsch, führte aus. Die dortigen Grundstücke befinden sich in Hanglage. Die Häuser befinden sich alle unten am Hang. Bereits vor einigen Jahren gab es Kontakt mit den Grundstückseigentümern bezüglich privater Vorsorgemaßnahmen.

Herr Frenzel (Fraktion SPD & PIRATEN) antwortete, dass sich seine mündliche Informationsaufforderung auf ein einzelnes Grundstück beziehe. Durch den Sohn der Eigentümerin wurde ihm ein entsprechendes Video zugespielt, in dem zu sehen ist, wie das Wasser bei stärkeren Regenereignissen quasi durch das Haus läuft. Das vorhandene Retentionsrohr schafft die Niederschlagsmengen nicht mehr und es bestünde daher die Frage an die Stadtverwaltung, ob es möglich sei, im oberen Bereich etwas zu errichten, damit das Wasser in das dort gelegene Wäldchen eingeleitet werden kann. Er schlug vor, dass man die Problematik bei einem gemeinsamen Termin mit der Eigentümerin vor Ort besprechen könne. Herr Lummitsch stimmte dem Vorschlag zu.

zur Kenntnis genommen

9.4. Sonstige Informationen

Herr Frenzel (Fraktion SPD & PIRATEN) informierte über die Aufstellung eines Tempo-30-Schildes an der Ecke Bukarester Straße/Moskauer Straße. Er begrüßte die Umsetzung und bedankte sich bei der Stadtverwaltung. Die Reduzierung der Geschwindigkeit an dieser Stelle (Schulweg) sei sehr gut.

Weitere sonstige Informationen lagen nicht vor.

gez. Kordon
Vorsitzender

gez. 
Schriftführerin